

EINE NEUE STUDIE IM AUFTRAG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG:



FRAUEN MACHT BERLIN!

POLITISCHE TEILHABE VON FRAUEN IN BERLIN

Eine Analyse politischer Partizipation von Frauen im Land Berlin – Vom Senat über das Abgeordnetenhaus bis zu den Bezirksverordnetenversammlungen –

von **Dr. Helga Lukoschat** und **Paula Schweers**,
Expertinnen der Europäischen Akademie für Frauen in
Politik und Wirtschaft

Veröffentlichung **am 25.6.2020**, 9 Uhr unter:
<https://www.fes.de/forum-berlin/berlinpolitik>

Kontext & Ziel:

- **2021 wird das Abgeordnetenhaus neu gewählt**, Politik und Parteien bereiten sich programmatisch und personell sich auf den Wahlkampf vor. **Welche Rolle wird dabei spielen, welche Chancen Frauen 2021 bekommen?** Die vorliegende Studie gibt Anlass, dies besonders zu verfolgen: **Denn der Anteil von Mandatsträgerinnen sowohl im Landesparlament als auch in den Bezirksverordnetenversammlungen ist in Berlin rückläufig.** Aktuell liegt der Frauenanteil im Berliner Abgeordnetenhaus bei gerade einmal **33 %**. Nach Brandenburg und Thüringen will auch die Berliner Regierungskoalition noch in dieser Legislatur ein Paritätsgesetz verabschieden. Die neue Studie gibt diesem Projekt Rückenwind.
- Die Studie **im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung** nimmt **eine Bestandsaufnahme der Teilhabe von Frauen im Land Berlin vor.** Die ausgewiesenen Expertinnen **Dr. Helga Lukoschat** und **Paula Schweers** von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft untersuchen **aktuelle Zahlen** und liefern **eine kritische Analyse politischer Partizipation von Frauen in Berlin.** Die Studie beinhaltet eine detaillierte Analyse der Beteiligung von Frauen in der Hauptstadt, vom **Abgeordnetenhaus** bis zu den Bezirksverordnetenversammlungen.
- Mit dieser Studie möchte die **Friedrich-Ebert-Stiftung** einen Beitrag leisten zur aktuellen **Debatte über ein Paritätsgesetz** für das Land Berlin und konkrete Handlungsempfehlungen für mehr politische Teilhabe von Frauen in der Berliner Politik aufzeigen. **Dr. Nora Langenbacher**, Herausgeberin der Studie und zuständig für das Land Berlin bei der FES, dazu: **„Der geringe Frauenanteil im Abgeordnetenhaus bedeutet, dass derzeit alle politischen Entscheidungen für Berlin von doppelt so vielen Männern wie Frauen getroffen werden! Die Studie zeigt, wie notwendig Anstrengungen für die Parität in den Parlamenten auch hier in Berlin sind!**

Das Thema „Politische Teilhabe von Frauen in Berlin“ gehört zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Arbeit der FES im Land Berlin, siehe u.a. den Mitschnitt einer Diskussionsveranstaltung unter <https://www.fes.de/e/frauen-macht-berlin-wege-zu-gleichberechtigter-politischer-teilhabe-in-und-fuer-berlin> . **Argumente für ein Paritätsgesetz** in Berlin finden sich auch in diesem 2-minütigen Kurzvideo: <https://www.youtube.com/watch?v=QMI521vkH8w>

Die FES lädt zudem regelmäßig zu Treffen des **überparteilichen zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Berliner Netzwerk Parität“** ein, welches sich letzten Herbst auf Initiative der FES und der Berliner Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe im Haus der FES gegründet hat. Das Netzwerk hat das Ziel, die Diskussion über ein Paritätsgesetz im Land Berlin konstruktiv außerparlamentarisch zu begleiten. Es arbeiten u.a. die EAF Berlin, der Landesfrauenrat Berlin, die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin Stadt der Frauen sowie Vertreter_innen verschiedener politische Parteien und Professionen in dem Bündnis mit. Es steht allen Engagierten für das Thema Parität offen. Mehr Informationen dazu unter berliner-netzwerk-paritaet@fes.de



Vorgehen der Studie:

Die Autorinnen Dr. Helga Lukoschat und Paula Schweers haben für die Studie eine detaillierte Auswertung und Analyse der Beteiligung von Frauen in der Hauptstadt vorgenommen. Untersucht werden u.a. die Entwicklungen der Frauen- und Männeranteile im **Berliner Abgeordnetenhaus** seit 1990 nach Parteizugehörigkeit; 2011 und 2016 mit besonderem Blick auf die Anteile von Kandidat_innen und Gewählten. Auch Bezirks- und Senatsebene werden analysiert.

Zentrale Ergebnisse:

- **Keine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung** Im untersuchten Zeitraum (1990 bis 2016) schwanken die Anteile von Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus erheblich. Zuletzt sanken sie zwei Mal in Folge. Aktuell beträgt der Anteil 33,1 Prozent (Stand: Februar 2019). Auch im Bundestag und in den Landesparlamenten sanken die Anteile nahezu flächendeckend. Im Ranking der Bundesländer liegt Berlin aktuell auf Platz 5.
- **Große Unterschiede zwischen den Parteien** Zwischen den Parteien sind große Unterschiede erkennbar: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke senden aufgrund ihrer internen Quotenregelungen deutlich mehr Frauen in das Abgeordnetenhaus als Parteien ohne verbindliche Regelungen (FDP, Piraten, AfD) sowie die CDU (unverbindliches Quorum). Die CDU liegt mit 12,9 Prozent deutlich unter ihrem Frauenanteil im Bundestag und nur knapp vor der AfD. Bündnis 90/Die Grünen: 55,6 Prozent; Die Linke: 51,9 Prozent; SPD: 39,5 Prozent; FDP: 16,7 Prozent; CDU: 12,9 Prozent; AfD: 12,0 Prozent.
- **Deutliche Unterrepräsentanz in den Wahlkreisen** In den Wahlkreisen sind Frauen sowohl als Kandidatinnen als auch als Gewählte deutlich unterrepräsentiert. 2016 kandidierten 321 Männer und 141 Frauen (30,5 Prozent); es wurden 53 Männer und 25 Frauen (32,1 Prozent) gewählt. Wiederum zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der SPD lag der Anteil der Kandidatinnen bei 38,5 Prozent, gewählt wurden 32,1 Prozent. Bei der CDU wurden 19,2 Prozent Frauen aufgestellt; 14,3 Prozent errangen ein Mandat. Dies ist ein Indiz

dafür, dass in beiden Parteien Frauen in weniger aussichtsreichen Wahlkreisen kandidierten. Umgekehrt verhält es sich bei Bündnis 90/Die Grünen: Der Anteil der Kandidatinnen lag bei 44,8 Prozent; gewählt wurden 58,3 Prozent, bei der Linken waren die Anteile ausgeglichen.

- **Landes- und Bezirkslisten: von Parität noch weit entfernt** Die Landeslisten (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Piraten) und die Bezirkslisten (SPD, CDU, FDP) weisen höhere Frauenanteile als die Wahlkreise auf. Parität wurde 2016 jedoch auch hier weder bei den Kandidatinnen noch bei den Gewählten erreicht (Landesliste: 41,6 Prozent Kandidatinnen zu 38 Prozent Gewählten, Bezirkslisten: 34,3 Prozent zu 28,1 Prozent). Bei den **Landeslisten** wird der Anteil gemindert, wenn männlich dominierte Parteien wie die Piraten oder die AfD ins Abgeordnetenhaus einziehen. Bei den **Bezirkslisten** ist die Nominierungspraxis von CDU und FDP ausschlaggebend. In beiden Parteien wurden 2016 weniger Frauen gewählt als aufgestellt, was wiederum darauf hindeutet, dass Frauen auf den „hinteren“, weniger aussichtsreichen Plätzen zu finden waren. Bei der SPD verhielt es sich umgekehrt (44,7 Prozent Kandidatinnen zu 60 Prozent Gewählten).
- **Gute Ausgangslage in den Bezirksverordnetenversammlungen** Mit einem Frauenanteil von 39,4 Prozent (2011: 41,9 Prozent) liegt Berlin über dem Durchschnitt der bundesdeutschen Großstädte (34 Prozent). Die CDU erreicht mit einem Anteil von 31,6 Prozent deutlich bessere Werte als im Abgeordnetenhaus. Da die Kommunalpolitik oft das Sprungbrett in die Landespolitik darstellt, steht tendenziell ein ausreichend großer Pool an potenziellen Kandidatinnen zur Verfügung.
- **Eckpunkte für ein Paritätsgesetz** Freiwillige Regelungen in den Parteien reichen nicht aus, um eine tatsächlich gleichberechtigte, das heißt paritätische Teilhabe von Frauen und Männern im Abgeordnetenhaus zu erreichen und diese auch langfristig zu sichern. Dafür ist eine verbindliche gesetzliche Regelung (Paritätsgesetz) notwendig. Wie die Analyse zeigt, ist hierbei die Einbeziehung der Wahlkreise dringend geboten. Weitere Eckpunkte betreffen effektive Sanktionen und die Wahrung der Rechte von Personen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen. Flankierende Maßnahmen, um die Attraktivität des parteipolitischen Engagements für Frauen zu erhöhen, bleiben sinnvoll und notwendig.

Die Autorinnen der Studie, **Dr. Helga Lukoschat und Paula Schweers** ziehen eine **eindeutige Bilanz**: „Die Studie zeigt: Um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Berliner Politik zu erreichen, sind gesetzliche Vorgaben nötig. Um wirksam zu sein, müssten diese auch die Wahlkreise einschließen. Berlin hat jetzt die Chance, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen!“

Weitere Informationen bei:

...den Autorinnen:

- vermittelt über Stefanie Lohaus: lohaus@eaf-berlin.de; +49 (030) 3087760-42

...der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- Verantwortlich: Dr. Nora Langenbacher: nora.langenbacher@fes.de
- Organisation/ (kostenlose) Bestellungen der Printausgabe: Simone Döbbelin: simone.doebbelin@fes.de ; Tel.: 030 26935 7334